

rung nicht stattfinden soll. Aber er hat das seinen Moskauer Gesprächspartnern offen gesagt und damit gezeigt, daß die deutsche Politik dem Fehler widersteht, mit inneren Vorbehalten zu unterzeichnen.

SPIEGEL: Die Herstellung des Berlin-Junktims hat es der Opposition erlaubt, ihr Unbehagen, ihre Unlust am Moskauer Vertrag und an der Entspannungspolitik gegenüber dem Osten zu kaschieren mit Berlin-Fanfare, die so gestimmt sind, als hätte unter Kiesinger nur ganz wenig zu einer großartigen Berlin-Lösung gefehlt.

GENSCHER: Ich kann nur sagen: Wenn diese von uns erstrebte Berlin-Lösung kommt, wird die deutsche Öffentlichkeit wissen, daß sie nur kommen konnte, weil sich die Regierung entgegen dem Ratschlag der Opposition entschlossen hat, den Vertrag zunächst zu unterzeichnen, um damit ihren ernsthaften Willen zu diesem Vertragswerk zum Ausdruck zu bringen. Ich würde Ihnen recht geben — wir hätten uns hoffnungslos in der Ostpolitik verrannt, wenn wir gesagt hätten, wir unterzeichnen den Vertrag erst, wenn die Berlin-Lösung da ist. Der erste Schritt muß der Vertrag sein, der zweite Schritt muß die Berlin-Lösung sein. Dann kommt das Festklopfen des Vertrags durch Ratifizierung.

SPIEGEL: Sie haben sich jetzt auf einen Zug gesetzt.

GENSCHER: Würden Sie mir zugeben, daß das ein gemeinsamer Zug der ganzen Regierung ist?

SPIEGEL: Ja. Aufgrund Ihrer großen Durchsetzungskraft ist es Ihnen gelungen, die ganze Regierung in einen Zug zu setzen, dessen Fahrplan sie nicht bestimmen kann.

GENSCHER: Es ist sehr schmeichelhaft, wenn Sie von großer Durchsetzungskraft sprechen.

SPIEGEL: Davon sprechen alle, Herr Genscher.

GENSCHER: Ich habe in dieser Frage nie den Eindruck gehabt, daß ich mich da gegen irgend jemanden durchsetzen müßte.

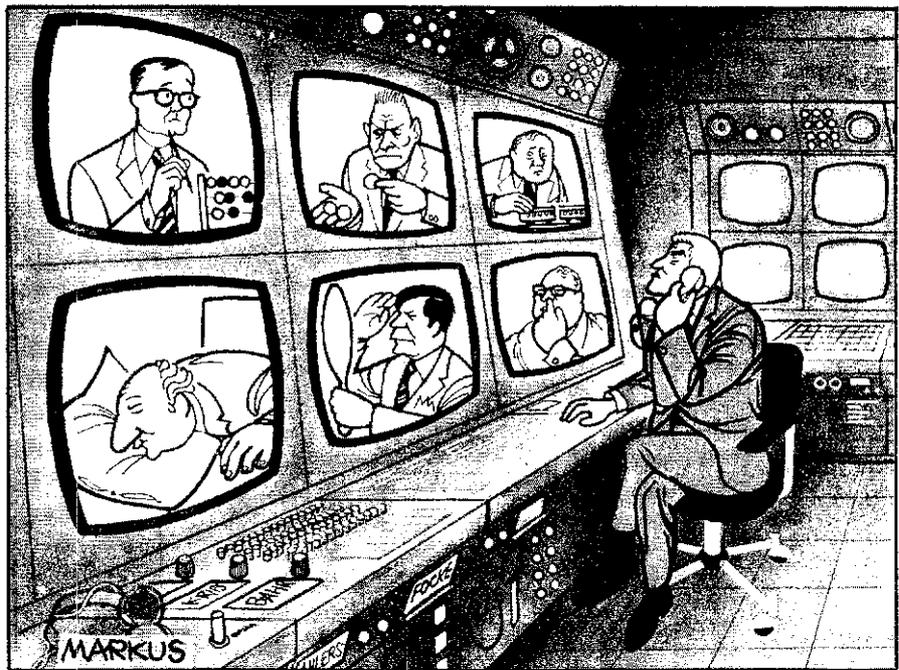
SPIEGEL: Was ist denn für Sie heute eine befriedigende Berlin-Lösung?

GENSCHER: Eine befriedigende Berlin-Lösung muß im Rahmen des Gesamtpakets der Ostpolitik gesehen werden. Der Kanzler und der Außenminister haben die Punkte oft genug definiert.

SPIEGEL: Vom Erfolg dieser Ost- und Berlin-Politik hängt zu einem Gutteil das politische Schicksal derer ab, die diese Regierung tragen. Was meinen Sie, wer wird 1973 Bundeskanzler?

GENSCHER: Ich würde sagen Brandt, aber man kann den Ereignissen nicht voraussehen.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



„Wie kommen Sie denn darauf, daß ich hier vom Kanzler-Amt aus die anderen Minister kontrolliere?!“

Aus „Stern“

KANZLERAMT

System Orakel

KIS soll den Kanzler klüger machen. „Als ich von KIS hörte“, erinnert sich Willy Brandts Planungschef Reimut Jochimsen, „war meine erste Assoziation: „Das hat vielleicht was mit Kiesinger zu tun.“

Ein bißchen schon: Denn es war der Kanzler Kurt Georg Kiesinger, der 1968 der Heidelberger Studiengruppe für Systemforschung den Auftrag gab, sich Gedanken darüber zu machen, wie ein Bonner Regierungschef so schnell wie möglich und so gut wie nötig unterrichtet werden könnte.

Den neuen Herren im Palais Schaumburg schmeckte Kiesingers KIS (Kanzler-Informations-System), und sie ermunterten die Heidelberger Tüftler, ihre Erkenntnisse möglichst bald zu konkretisieren und vorzulegen.

Erste Erkenntnisse von Projektleiter Andreas Jentzsch: Es bereite „Schwierigkeiten“

- ▷ Amtschef, Staatssekretäre, Abteilungsleiter und Hilfspersonal im Kanzleramt hinreichend zu informieren,
- ▷ die Verbindung zwischen der Regierungsspitze, die sich jeden Morgen zur „Kleinen Lage“ trifft, und dem Kanzleramtsapparat „befriedigend“ zu lösen und
- ▷ technische Hilfsmittel für eine vernünftige Kommunikation effektiv einzusetzen.

Während Jentzsch die Schwerfälligkeit im Regierungs-Management vornehmlich mit der „Kombination von wechselnden Politikern und bleibenden Verwaltern“ begründete, erkannte Jentzsch-Chef Dr. Helmut Krauch

* Der japanische System-Ingenieur Fuji Niwa von der Heidelberger Studiengruppe beim Testen von Orakel.

überdies auf technisch-organisatorisches Versagen des von Conrad Ahlers dirigierten Bundespresseamts (BPA): „Was von da heute ins Kanzleramt überkommt, sind doch nur Zeitungsausschnitte und Kurzfassungen; das ist doch unheimlich antiquiert.“

Die Krauchsche Lösung: eine elektronisch gesteuerte Mixed-Media-Anlage für Bild und Ton, die dem Kanzler ausgewählt und kurzgefaßt Informationen liefern soll. Krauch: „Ein ganz triviales System.“

Die Leinwand-Lautsprecher-Show soll mit fiktiven Streitgesprächen gewürzt werden, in denen mehrere Sprecher ein Problem dialektisch aus-einandernehmen. Krauch meint, das habe es — freilich ohne die Technik — schon während der Großen Koalition gegeben: Ahlers und sein früherer Chef Diehl hätten vor Kanzler Kie-



Heidelberger Orakel-Forscher*
Video-Input für KIS

singer „mit verteilten Rollen ganz aggressiv diskutiert“.

Mit dem KIS allein will sich Krauch nicht begnügen: Durch gezielte Fragen (Krauch-Deutsch: „Organisierte repräsentative Artikulation kritischer Entwicklungslücken“, genannt Orakel) sollen Trends aufgespürt werden, die dem Politiker gestatten, heute unpopuläre Maßnahmen zu treffen, die morgen von der Bevölkerung honoriert werden.

Dieses „Zeitraffer-Experiment“ (Krauch) soll „vorwegmessen können, was die Bevölkerung erst in einigen Jahren nachvollzieht“. Der Wissenschaftler: „Bei der augenblicklichen Regierung wären solche Frühmessungen außerordentlich wichtig, weil heute noch unpopuläre Entscheidungen gerade vor der nächsten wichtigen Wahl zum Tragen kommen könnten.“

Ob die Studiengruppe ihr System verkaufen kann, hängt freilich von der Bereitschaft und Einsicht der Kanzleramts-Mannschaft sowie dem guten Willen ihres Chef-Technokraten, Horst Ehmke, ab. Jochimsen: „Für uns sind weniger Ideen interessant als konkrete Umsetzungsmöglichkeiten.“

Für den Volkswirt Jochimsen sind die technischen Vorschläge für ein Multi-Media-System „natürlich interessant“. Aber: „Einer muß eben 100 Filme als relevant aussuchen, um nur einen zu zeigen. Einer muß sie so aufarbeiten, daß der Kanzler auch den richtigen zu sehen bekommt.“

Zweifel an der Indienststellung seines Informationssystems sind inzwischen auch Forscher Krauch gekommen: „Mit dem jetzigen Stab im Bundeskanzleramt geht's sicher nicht. Wenn man mit altmodischen, knöchernen Juristen arbeitet, setzt es doch tausend Schwierigkeiten.“ Krauchs Rezept: Man schicke technisch versierte Sozialforscher ins Kanzleramt, die das Personal „permanent umschulen“.

Krauch will auch Hand ans Presseamt legen: „Ein großer Teil des BPA sollte in seiner Funktion geändert und Video-Input für KIS werden.“ Krauch: Trotz einer Ampex-Anlage im BPA für Fernseh-Aufzeichnungen „registrieren die doch nur und legen ab; da wird faktisch nie was benutzt, und da sitzen nun 700 Leute“.

Ahlers und seine 700 Leute beobachten denn auch die KIS-Planung mit Mißtrauen. Ahlers-Stellvertreter Rüdiger von Wechmar: „Das ist doch alles Quatsch. Das geht doch viel zu weit.“

Die Systemanalytiker schreckt das nicht. Unbeirrt wollen sie demnächst Kanzler Brandts Gewohnheiten aus-einandernehmen, wie er arbeitet, wie er was aufnimmt, wie lange er über Akten brütet, wie empfindlich er ist.

Schon heute glaubt Krauch zu wissen, daß Brandt — wie Kiesinger — besonders stark auf Bilder anspringt und auch Pro-und-kontra-Dialoge für nützlich hält.

Für den Fall, daß alles beim alten bleibt, hat Professor Jochimsen den Satz parat: „Wenn alles so weiterläuft, wie es läuft, läuft es eben, wie es läuft, und es gibt nichts zu verbessern.“

BERLIN-GESPRÄCHE

Malta zum Beispiel

Freunde und Gegner sollten es letzte Woche noch einmal hören: Die Sowjet-Union will nicht schuld daran sein, wenn die Berlin-Gespräche der Alliierten scheitern, der Gewaltverzicht mit Bonn nicht in Kraft treten und die sozialliberale Bundesregierung über diesem Mißerfolg ihrer Ost-Politik zerbrechen würde.

In New York erklärte Sowjet-Außenminister Andrej Gromyko vor seinem Besuch bei US-Präsident Nixon: „Wir glauben, daß eine Einigung (über Berlin) möglich ist.“ Und er ließ durchblicken, es könne auch an den drei West-Alliierten liegen, wenn keine „positiven Ergebnisse“ der Verhandlungen erreicht würden.

Zugleich gab Gromykos Moskauer Zentrale im Partei-Organ „Prawda“ zu



Sowjet-Außenminister Gromyko
„Einigung ist möglich“

erkennen, daß die Sowjet-Regierung sich um den Bestand der Bonner Linkskoalition sorgt und bei einer weiteren Belastung der geschwächten Koalition befürchtet, daß „besonders wilde Kreise um Strauß... durch einen kalten Handstreich wieder an die Macht kommen“ („Prawda“).

Die Liebesgrüße aus Moskau könnten den Beginn einer neuen Verhandlungsphase in den Vierer-Gesprächen über Berlin signalisieren. Denn auch in ihrem achten Gespräch hatten die vier Botschafter am 9. Oktober noch immer keine gemeinsame Basis für einen Berlin-Kompromiß gefunden. Die Sowjets forderten

- ▷ eine formelle Viermächte-Erklärung über die Nicht-Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik;
- ▷ die Einrichtung eines sowjetischen Generalkonsulats und einer Handelsvertretung in West-Berlin;
- ▷ den Verzicht auf die Präsenz von Staatsorganen und Institutionen des Bundes in West-Berlin.

Die Westmächte verlangten

- ▷ die Anerkennung des gewachsenen Status West-Berlins einschließlich der Bundespräsenz und der außenpolitischen Vertretung West-Berlins durch den Bund;
- ▷ die Verbesserung des Zugangs nach West-Berlin;
- ▷ Bewegungsfreiheit für West-Berliner in ganz Berlin.

Für den Fall sowjetischen Einlenkens bietet die West-Allianz die Bereitschaft der Bundesregierung an, künftig auf bestimmte Formen der demonstrativen Bundespräsenz zu verzichten — zum Beispiel auf die Wahl des Bundespräsidenten und auf Plenartagungen des Bundestages in West-Berlin.

Die Sowjets hingegen offerieren — nach Erfüllung ihrer Forderungen —

- ▷ die Anerkennung der finanziellen, wirtschaftlichen, kulturellen und rechtlichen Bindungen West-Berlins an den Bund;
- ▷ DDR-Bereitschaft zu Verhandlungen mit dem West-Berliner Senat (über die Öffnung Ost-Berlins für West-Berliner) und mit der Bundesrepublik (über die Regelung des Transit-Verkehrs).

Zu einem Zugeständnis hinsichtlich der außenpolitischen Vertretung der Halbstadt durch Bonn zeigte sich Sowjet-Unterhändler Pjotr Abrassimow nicht bereit. Seine Berater freilich ließen ihre westlichen Kollegen wissen, daß sich vielleicht auch dieses Problem lösen lasse — etwa nach dem Muster europäischer Zwergstaaten. Die Sowjets, die früher schon einmal den Insel-Staat Malta als Beispiel für die Währungsgemeinschaft selbständiger Staaten — das britische Pfund fungiert als Leitwährung für das Malta-Pfund — ins Spiel gebracht hatten, erinnerten an das Fürstentum Liechtenstein, den Alpenstaat zwischen Österreich und der Schweiz.

Liechtenstein, so erläuterten sie, läßt sich — obschon souverän — außenpolitisch von der Schweiz vertreten. Es lebt zudem mit den Eidgenossen in Post-Einheit, darf aber eigene Briefmarken edieren.

Die SED-Spitze hat sich seit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags freilich noch nicht damit abgefunden, daß sie mit Zugeständnissen in Berlin für das sowjetisch-westdeutsche Arrangement zahlen soll. Bereits im September, kaum vier Wochen nach Vertragsabschluß, entschied sich das SED-Politbüro für eine Politik des hinhaltenden Widerstands.

Zwar hatte Walter Ulbricht schon im Juli während der Rostocker Ostsee-woche das Ende der in Kassel vereinbarten „Denkpause“ angekündigt, die Wiederaufnahme des innerdeutschen Dialogs in Aussicht gestellt und überdies den Sozialdemokraten Unterstützung in ihrem Kampf gegen die CDU/CSU-Opposition angeboten. Ulbricht: „Den Rechtsblock in der Bundesrepublik gemeinsam schlagen!“

Doch die Mehrheit der Parteiführer lehnte die Ulbricht-Doktrin ab. Insbe-